



[\[Go To Best Hit\]](#)

© **Aargauer Zeitung / MLZ; 09.05.2009**; Seite 4

Inland

Senioren fürchten um ihre Renten

Georg Fischer spart als erste Schweizer Firma bei den Pensionären › folgen bald weitere?

Nicht nur Senioren lehnen Rentenkürzungen ab. Auch Jungpolitiker von SP und SVP halten das für ungerecht.

beat rechsteiner

Weniger Geld für Rentner › und das mitten in der Wirtschaftskrise. Georg Fischer bricht mit dem Tabu und spart für die Sanierung seiner Pensionskasse nicht nur bei den Arbeitnehmern, sondern auch bei den Rentnern. Und erntet dafür postwendend lautstarke Kritik von Links: «Grobes Foul», ruft die Gewerkschaft Unia. «Das ist absolut falsch in der Krise», urteilt SP-Nationalrätin Christine Goll.

Gemäss «Blick» ist die Pensionskasse von Georg Fischer die erste im ganzen Land, die sich an die Renten ihrer Pensionäre heranwagt. Für 770 der insgesamt 2100 Rentner des Schaffhauser Industriekonzerns bedeutet die Massnahme, dass sie schon ab Juni 6,1 Prozent weniger aus der zweiten Säule bekommen. Das macht durchaus etwas aus: Ein Rentner, der bisher monatlich 1330 Franken aufs Konto ausbezahlt bekam, erhält neu nur noch knapp 1250 Franken. Und: Gemäss einer Firmensprecherin kann es bis zu zehn Jahre dauern, bis die Reduktion wieder ausgeglichen wird. Renten unter 1000 Franken bleiben von der Massnahme allerdings verschont.

Rechtlich möglich sind die Kürzungen, weil Georg Fischer die Renten 1999 und 2000 um 6,1 Prozent erhöht hat › genau jener Betrag, der jetzt wieder gestrichen wird (siehe Kasten). Die Pensionskasse weist eine Unterdeckung von 88 Prozent auf und der Rentneranteil ist mit 60 Prozent sehr hoch › der Sanierungsbedarf an sich ist also unbestritten.

«Rentner werden zur Zielscheibe»

Bei den Rentnern geht nun die Angst um, dass die Pensionskassen anderer Unternehmen dem Beispiel von Georg Fischer folgen. Die in Seniorenfragen engagierte ehemalige SP-Nationalrätin Angeline Fankhauser ist empört: «Diese Nachricht ist beunruhigend. Einmal mehr werden die Rentner zur Zielscheibe», sagte sie gestern auf Anfrage der MZ. Die Senioren fühlten sich betrogen, schliesslich entsprächen Rentenkürzungen nicht den immer wieder gemachten Versprechungen. Zurückhaltender in der Wortwahl ist Beat Federspiel vom Verband für Seniorenfragen. Eine gesunde Pensionskasse sei zwar im Interesse aller, doch die Massnahme sei unschön. Und ob sie zum richtigen Zeitpunkt komme, sei fraglich.

Unterstützung erhalten die Rentner von unerwarteter Seite. Denn auch Jungnationalrat **Lukas Reimann** von der SVP findet die Kürzungen falsch: «Die Rentner sind auf die Zahlungen angewiesen und können Ausfälle nicht kompensieren. Zudem haben sie ihr ganzes Leben lang einbezahlt und haben ein Recht darauf, die ihnen zustehende Leistung jetzt zu beziehen.» Und der Präsident der Jungsozialisten, Cédric Wermuth, stösst ins gleiche Horn. Er stehe zum

Generationenvertrag und wehre sich gegen jegliche Rentenkürzungen.

Es wird sich zeigen, ob sich die Befürchtungen der Senioren, dass bald auf breiter Ebene Renten gesenkt werden könnten, bewahrheiten. Entwarnung gab gestern schon einmal die grösste Pensionskasse des Landes, die Publica des Bundes. Zwar werden auch dort Sanierungsmassnahmen derzeit eingehend geprüft, schliesslich weist auch sie eine Unterdeckung von 96 Prozent und einen sehr hohen Rentnerbestand auf. Doch wurde versichert, dass die bestehenden Renten unangetastet blieben.

Obligatorisches Minimum sicher

Dem Entscheid von Georg Fischer zum Trotz: In ganz grossem Umfang werden auch in Zukunft keine Renten gekürzt. Dafür sorgt das Gesetz: Der obligatorische Teil der Versicherung darf nicht angetastet werden. Die Rente also, die ein Arbeitnehmer beim Erreichen des Pensionsalters zugesichert erhält, das obligatorische Minimum, darf nicht gesenkt werden. Anders verhält es sich wie im Fall von Georg Fischer bei Leistungen, welche die Pensionskasse ohne Verpflichtung erhöht hat, also beispielsweise bei Teuerungszulagen. Diese Erhöhungen können innerhalb von zehn Jahren wieder zurückgenommen werden. Weiter zurückliegende Erhöhungen sind von dieser Regel explizit ausgeschlossen.

In der Schweiz gibt es bei drei Vierteln aller Pensionskassen Sanierungsbedarf, vor allem weil die abgesackten Börsenkurse Verluste gebracht haben. Lediglich 26 Prozent weisen einen Deckungsgrad von 100 Prozent und mehr auf. Nur sie wären in der Lage, heute die Renten aller Mitglieder auszuzahlen. (bre)